

Wofür steht die AfD?

**Orientierungshilfe
zum demokratischen Gehalt
der Partei „Alternative für Deutschland“**

Zum Geleit

*„Ich bin überzeugt: Menschen ernst zu nehmen heißt gerade nicht zu erlauben,
dass Ängste und Sorgen die gesellschaftliche Stimmungslage beherrschen.
Menschen ernst nehmen heißt differenzieren statt vereinfachen.
Menschen ernst nehmen heißt genau hinsehen und präzise formulieren;
Menschen ernst nehmen nötigt uns, zu unterscheiden
zwischen Ursachen und Gegenständen von Angst.“*

*Präses Annette Kurschus
(Landessynode 2016)*

Warum eine Bewertung der „AfD“ aus christlicher Sicht?

1. In Deutschland ist eine neue politische Kraft entstanden, die *Alternative für Deutschland*. Sie wurde am 6. Februar 2013 gegründet. 2014 zog sie erstmals in das Europaparlament und einige Landesparlamente ein. Im Juli 2015 spaltete sich die Partei. Eine Minderheit um Bernd Lucke, dem es vor allem um die Kritik der europäischen Finanzpolitik ging, trat aus. Parteivorsitzende sind seitdem Frauke Petry und Jörg Meuthen. Die Partei hatte 2016 nach eigenen Angaben etwa 20.000 Mitglieder.

Die neue Partei beschreibt sich selbst mit den Stichworten *Liberale und Konservative, freie Bürger und überzeugte Demokraten*(6)¹. Aus politikwissenschaftlicher Sicht lässt sie sich aber als **klar rechtspopulistisch** beschreiben. Kennzeichen dafür sind:

- das Selbstverständnis, Sprachrohr einer angeblich „schweigenden Mehrheit“ zu sein;
- die Berufung auf einen genuinen Volkswillen;
- harsche Ablehnung angeblicher politischer Eliten, die sich vermeintlich vom Volkswillen und der schweigenden Mehrheit entfernt haben, sowie
- ein mehr oder weniger offener Affekt gegen Minderheiten.

2. Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, in unserem demokratischen Land einzelne Parteien zu bewerten. Christinnen und Christen sind mündige Menschen und frei, ihre politischen Entscheidungen selbstständig zu fällen. Es ist aber die Aufgabe der Kirche, "in den großen Entscheidungsfragen der Gesellschaft klare und eindeutige Orientierungspunkte" zu nennen, wie es in der „Demokratiedenkschrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland heißt.² Die Kirche hat einen Öffentlichkeitsanspruch auch im politischen Bereich, und die Öffentlichkeit hat einen Anspruch zu erfahren, was die Kirche zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu sagen hat.³

Einige grundlegende Leitwerte, an denen wir uns als evangelische Christinnen und Christen auch bei der Einschätzung von politischen Akteuren orientieren, sind:

- die Menschenwürde eines jeden Menschen,
- Nächstenliebe und Solidarität,
- die Verteidigung der Demokratie und des Rechtsstaates und
- nicht zuletzt der Schutz der Flüchtlinge.⁴

Der Evangelische Kirchenkreis Dortmund setzt sich darum in unserer Region seit Jahren ein

- für Demokratie und Rechtsstaat - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus,
- für Integration und interkulturelle Verständigung,
- für den Schutz der geflüchteten Menschen, sowie
- für den Interreligiösen Dialog.⁵

Wir bekennen uns nachdrücklich zum politischen Pluralismus und zur besonderen Rolle von Parteien für die politische Willensbildung. Gerade deshalb fühlen wir uns herausgefordert, Stellung zu der neuen Partei zu beziehen, die nicht weniger als eine Alternative für Deutschland sein will. **Denn wir wollen auf wichtige Grenzüberschreitungen der AfD aufmerksam machen, die von vielen noch nicht ausreichend wahrgenommen wurden.**

3. Basis unserer Beurteilung ist das Grundsatzprogramm der AfD, das sich die Partei im Mai 2016 gegeben hat. Wie bei anderen Parteien auch, sind viele Positionen Teil des pluralistischen Meinungsspektrums in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Manche Vorschläge sind sogar diskussionswürdig und werden auch an anderer Stelle diskutiert. So gibt es beispielsweise schon lange eine Debatte über mehr Elemente direkter Demokratie wie Volksabstimmungen. In überraschender Deutlichkeit finden sich im Grundsatzprogramm der AfD aber auch Positionen, die die Demokratie grundsätzlich infrage stellen und nationalistisch-völkische Töne anschlagen.

Zusätzlich schauen wir auf öffentliche Äußerungen von zwei wichtigen Spitzenfunktionären der AfD, denn eine Partei muss sich solche Worte insgesamt zurechnen lassen.⁶

Eine umfassende politikwissenschaftliche Analyse oder die eigene Information wahlmündiger Bürgerinnen und Bürger kann das nicht ersetzen. Es soll aber im Hinblick auf die 2017 anstehenden wichtigen Wahlen beim eigenen Urteil helfen. Erstaunlicherweise reicht es im Grunde zu lesen, was geschrieben ist. Manches ist derart provokativ, dass es kaum der Interpretation bedarf.

Bitte, lesen Sie selbst.

Anfang 2017 wurde ein internes Strategiepapier der AfD bekannt⁷, in dem von „sorgfältig geplanten Provokationen“ die Rede ist. Man wolle „immer wieder politisch inkorrekt“ sein, heißt es dort Tageschau Online zufolge.⁸ Schon das lässt ein fragwürdiges Verhältnis zur Demokratie und einen populistischen Ansatz erkennen.

Beispiele aus dem Grundsatzprogramm

Das Grundsatzprogramm der AfD vom Mai 2016 umfasst 96 Seiten zu vierzehn Themenbereichen. Demokratie, Kultur und Asylpolitik, Europa und Innere Sicherheit, Sozial- und Wirtschaftspolitik, aber auch Energiepolitik, Bildung und Steuerpolitik werden erörtert. In vielen Abschnitten gibt es Äußerungen, die lohnen, genauer betrachtet zu werden.

Wir konzentrieren uns hier auf drei Bereiche, die für die Evangelische Kirche von besonderer Bedeutung sind: Demokratie und Grundwerte (7 – 15), Kultur, Sprache und Identität (46 - 50) und Einwanderung, Integration und Asyl (57 – 65).

DEMOKRATIE

Bei**s**piel 1: **Demokratie in Deutschland - ein „illegitimer Zustand“?**

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. ... Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (8)

Fast am Anfang des Wahlprogramms steht die fundamentale Behauptung, die Demokratie in Deutschland sei weitgehend außer Kraft gesetzt. Die politische Situation wird unverblümt als „illegitimer Zustand“ bezeichnet. (9). Es wird behauptet, nicht mehr das Volk sei der Souverän, sondern die Berufspolitiker hätten sich selbst an die Stelle gesetzt. Vor allem aber wird der Zustand als „illegitim“ bezeichnet. Man bedenke: Illegitim ist die abgeschwächte Form von illegal. Juristisch ist das ein Unterschied, rhetorisch aber ist die Aussage klar. Schon hier fallen die bewussten Sprachspiele auf, die AfD-Vertreter häufig benutzen. Sie vernebeln damit ihre wahren Positionen (s. u. auch zu den Zitaten von F. Petry und B. Höcke).

- ▶ Das bedeutet im Ergebnis: Die AfD geht davon aus, dass die Demokratie in Deutschland faktisch abgeschafft ist, weil das Volk durch die Politiker von der Macht ferngehalten wird.

Beispiel 2: Vertreten die Abgeordneten nicht mehr die Bürger?

Im Weiteren wird kritisiert, auch die Gewaltenteilung in Deutschland sei nicht konsequent umgesetzt. Verwiesen wird auf Minister, die zugleich Abgeordnete sind, oder ehemalige Politiker, die Richter werden. Dies sind durchaus bedenkenswerte Hinweise, die auch in anderen Parteien immer wieder diskutiert werden. Im Zusammenhang der These vom illegitimen Zustand wird hier aber auch der Rechtsstaat als Säule der Demokratie angegriffen.

„Parteien sollen am politischen System mitwirken..., es aber nicht beherrschen.“ (11)

Das ist eine durchaus berechtigte Äußerung. Auch die Evangelische Kirche und andere sehen manche Auswüchse der Parteiendemokratie kritisch. Kontext und Folgerungen im Grundsatzprogramm der AfD sind allerdings überzogen und driften sogar eindeutig in den rechtspopulistischen Bereich:

„Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden politischen Korrektheit und des Meinungsdikates in allen öffentlichen Diskursen.“ (11)

So werden aus der Forderung nach einer Begrenzung der Parteien plötzlich ihre "Allmacht" und sogar eine "Ausbeutung" des Staates. Dies wird dann noch lückenlos verbunden mit Kritik an den Medien im Stile der Diffamierung als „Lügenpresse“.

Diese teils berechtigten, teils unsachlichen Positionen münden schließlich in einer schwer erträglichen Aussage mit weitreichenden Folgen:

„Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören.“ (11)

Sicher ist Kritik an der Abhängigkeit der Abgeordneten von ihrer Partei zulässig. Schließlich sind sie laut Grundgesetz nur ihrem Gewissen verpflichtet. Aber diese Kernaussage bedeutet nichts weniger, als dass das gesamte System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie in Deutschland längst zusammengebrochen sei. Die Aussage, Abgeordnete seien nicht mehr „Mandatare der Bürger“, wird ohne Einschränkungen formuliert. Es heißt „die Abgeordneten“ - also alle, „unserer Parlamente“ - also aller, sie „haben“ - es ist also Realität und nicht nur eine Gefahr. Dieser Satz bestreitet damit die Legitimität der Abgeordneten, der Volksvertreter.

- ▶ Aus Sicht der AfD vertreten sämtliche Abgeordneten nicht mehr das Volk, was zusätzlich zu der schon oben genannten Behauptung führt, die Demokratie in Deutschland sei faktisch abgeschafft.

Übrigens: An keiner Stelle wird in diesem Kapitel davon geredet, das es in Deutschland nach wie vor regelmäßig Wahlen gibt, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme einbringen dürfen. So wie allein 2017 viermal. Der zentrale Akt der demokratischen Legitimation des Staates und seiner Organe wird ausgeblendet. Zu deutlich stellt er die Behauptung von der Abschaffung der Demokratie infrage.

Beispiel 3: Warum fordert die AfD Volksabstimmungen?

„Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. ... Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen.“ (9)

Die neue Partei fordert vehement Volksabstimmungen (9) und auch die Urwahl des Bundespräsidenten (13). Einerseits sind dies Vorschläge, die seit vielen Jahren immer wieder unter der Überschrift „Ausbau der direkten Demokratie“ diskutiert werden, andererseits gibt es sie in allen Bundesländern längst. Allerdings sind die Entscheidungen auf bestimmte Bereiche beschränkt. Die AfD fordert hier nicht nur, dass grundsätzlich alle Themen zulässig sein sollen, sondern auch, dass manches, wie z. B. Änderungen am Grundgesetz, der Bevölkerung vorgelegt werden müssen.

Der AfD scheint es aber mit ihren Forderungen nach Volksabstimmungen usw. nicht nur um den Ausbau der an sich funktionierenden Demokratie in Deutschland zu gehen. Bei ihr hat das alles noch eine tiefere Bedeutung, die sich erst bei genauerem Hinsehen erschließt. Es geht für sie um nicht weniger als die Wiederherstellung der Demokratie! Es fällt in diesem Zusammenhang auch auf, dass der Begriff der „direkten Demokratie“ im Grundsatzprogramm nur einmal verwendet wird, stattdessen aber ist vielfach und immer wieder vom „Volk“ oder vom „deutschen Volk“ die Rede. Bezugspunkt dieser plebiszitären Elemente ist also nicht die Demokratie, sondern das „Volk“.

Dazu passt übrigens die schon zitierte Formulierung, dass "nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland" den vermeintlich „illegitimen Zustand“ im Land beenden könne (8).

- ▶ Volksentscheide meinen hier nicht nur mehr Bürgerbeteiligung. Sie dienen der AfD dazu, der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes einen vermeintlichen „Volks“-Willen entgegenzusetzen.

Übrigens: Das Staatsverständnis der AfD

Ein Hinweis zum Staatsverständnis. Die Partei fordert in ihrem Grundsatzprogramm auch die Rückführung des Staates auf wenige Kernaufgaben. Sie will einen radikal schlanken Staat. Die Organisation öffentlicher Aufgaben soll nach dem Grundsatz „Privat vor Staat“ erfolgen:

„Die ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle und faktische Grenzen. ... Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf neuer Konzentration auf die 4 klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Aufgaben jenseits dieser 4 Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtfertigung. Wir wollen prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können.“ (10)

Nach evangelischem Verständnis ist es demgegenüber die Aufgabe des Staates, nicht nur für Freiheit, sondern auch für Gerechtigkeit zu sorgen (EKD-Demokratie-Denkschrift, 36f; sowie

Sozialwort der Kirchen, 1998, und zum Beispiel EKD-Denkschrift zur Armutproblematik „Gerechte Teilhabe“, 2006), sowie die Bewahrung der Schöpfung, also Umwelt und Klimaschutz.

KULTUR UND IDENTITÄT

Beispiel 4: Ist die nationale „Identität“ des „deutschen Volkes“ bedroht?

Die Beobachtungen zur Rolle des "Volkes" machen hellhörig. Darum betrachten wir nun zunächst den Abschnitt zur deutschen Kultur, Sprache und Identität. (46ff)

„Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition ... und drittens dem römischen Recht...“
„Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“
(47)

Es ist offensichtlich, dass hier der Leitgedanke einer „kulturellen Identität“ des „deutschen Volkes“ zugrunde liegt. Der Satz „unser aller Identität“ sei vorrangig „kulturell determiniert“ meint nichts anderes, als dass auch beim Einzelnen die Identität als Deutscher davon abhängt, dass er in einer deutschen Leitkultur aufwächst und lebt. Die Bezugspunkte Christentum, Humanismus und römisches Recht sind insofern richtig, als sie wichtige Faktoren der deutschen Geschichte sind, sagen aber in der Frage, was das denn heute bedeutet, wenig aus. Aussagekräftiger ist da schon die Kritik an der multikulturellen Gesellschaft. Andere kulturelle Strömungen in Deutschland werden als „importiert“ bezeichnet, ein kulturelles Miteinander als „geschichtsblind“ kritisiert. Das Ganze läuft auf die Behauptung zu, es gehe um nichts weniger als den sozialen Frieden und den „Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“.

- Das sind eindeutig völkisch-nationalistische, rechtsextreme Positionen. Die Rede von der Identität erfolgt nicht zufällig. Sie verweist auf Gedanken der europaweit anzutreffenden sogenannten „Identitären Bewegung“. Diese ersetzt das eindeutig rechtsextremistische Konzept der biologischen Rassereinheit eines Volkes, das in Deutschland aufgrund der NS-Zeit strafrechtlich verfolgt wird, durch das Konstrukt einer kulturellen Reinheit einer Gesellschaft. „Nation als kulturelle Einheit“ ist nicht weit davon entfernt, zumal, wenn es mit drastischen Drohungen unvermeidbarer Konflikte und dem Aussterben der „Nation als kulturelle Einheit“ verbunden wird. (47)⁹

Beispiel 5: Der Islam gehört nicht zu Deutschland? Und was ist mit den Muslimen?

Es überrascht vor diesem Hintergrund wenig, dass eine strikt ablehnende Haltung zum Islam und zu den Muslimen in Deutschland eingenommen wird.

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werte.“ (49)

„Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen.“ (48)

„Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalisieren.“ (49)

Muslime werden nicht pauschal verdächtigt. Trotzdem ist der Kontext eindeutig. Das markiert der als Überschrift gesetzte Satz, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Es stellt sich die Frage, ob denn die Muslime wenigstens zu Deutschland gehören, wie es in der Diskussion nach dem berühmten Diktum des Altbundespräsidenten Wulff zumindest festgehalten wurde. Aber auch dies darf nicht gelten, denn zusätzlich werden die Gefahren der „Ausbreitung“ und „Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen“ beschworen.

Einerseits werden rechtstreu Muslime erwähnt. Andererseits aber wird vor allem betont, dass der Islam aus Sicht der AfD nicht kompatibel ist mit Deutschland bzw. der „kulturellen Identität“ des „deutschen Volkes“. Es wird der Eindruck einer schleichenden muslimischen Übernahme erweckt, wenn von der „ständig wachsenden Zahl“ geredet wird. Dies ist wiederum sehr nah an rechtsextremer Propaganda und Thesen der Identitären Bewegung nach dem Motto, die deutsche Kulturnation werde von einwandernden Fremdvölkern, Flüchtlingen und Muslimen verdrängt und die Deutschen würden zur bedrohten Spezies im eigenen Land.

INTEGRATION UND ASYL

Beiispiel 6: Flüchtlinge bedeuten Unruhen und das Ende der deutschen Kultur?

„Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus. ... Die aktuelle deutsche und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik kann deshalb so nicht weitergeführt werden. Die unzutreffende Bezeichnung Flüchtling für fast alle Menschen, die irregulär nach Deutschland einreisen, um dauerhaft zu bleiben, ist Ausdruck dieser verfehlten Politik. ...

Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen. ...

Die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung im Wissen um massenhaften Missbrauch führt ... zu einer rasanten, unaufhaltsamen Besiedlung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen. ...

Die AfD sieht in dieser Entwicklung die entsetzliche Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen.“ (59)

Dramatische Worte leiten den Passus ein. Es ist hier nicht der Platz, im Einzelnen die Instrumente zu analysieren, die die AfD verfolgt. Sie zielen alle auf eine stärkere Repression gegenüber Flüchtlingen und Migranten und verfolgen das Hauptziel, die deutschen und die europäischen Außengrenzen abzuschotten. Menschen auf der Flucht sollen gar nicht mehr einreisen können.

Wichtiger ist, dass angeblich die Politiker – nicht das Grundgesetz – „großzügig“ Asyl gewähren trotz „massenhaften Missbrauchs“. Das ist eine unangemessene Unterstellung und sachferne Verkürzung. Jede Bitte um Asyl wird zum Missbrauch erklärt. Mit rechtsstaatlichen Verfahren hat das nichts zu tun, obwohl die AfD doch den Rechtsstaat wiederherstellen will. Wieder wird dies in den Kontext kultureller Identität eingeordnet, fast unverhüllt klingt die Idee eines kulturellen Genozids an. Sogar Unruhen werden angedroht. Dies sind zentrale Bestandteile der Propaganda der Identitären Bewegung. Sie werden sehr ähnlich von echten Rechtsextremisten vertreten.

Wir halten fest: Die Aufnahme von Flüchtlingen wird von der AfD trotz leichter Einschränkungen vorwiegend als „Missbrauch“ angesehen und führt in ihrer Sicht zu nicht weniger als dem Ende der deutschen Kultur. Das sind die Kernsätze dieser Ausführungen.

Äußerungen von Spitzenpolitikern

Am Beispiel zweier Spitzenpolitiker der AfD wollen wir die am Grundsatzprogramm durchgeführte Analyse noch vertiefen. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung muss sich eine Partei die Äußerung ihres Spitzenpersonals zurechnen lassen.¹⁰

Wir beschränken uns beispielhaft auf zwei bedeutsame Äußerungen von Frauke Petry und Björn Höcke. Sie vertiefen die bisherigen Analysen über den zumindest rechtspopulistischen, in manchen Bereichen sogar nationalistisch-völkischen Charakter der AfD. Außerdem zeigen beide deutlich die Methode der Provokation durch politische Unkorrektheiten und Sprachspiele an der Grenze des strafrechtlich Relevanten. Die Protagonisten wissen: Das verschafft ihnen allemal eine bundesweite Erwähnung in den Medien.

Frauke Petry: "Völkisch sollte wieder positiv besetzt werden"

Frauke Petry ist seit 2013 eine der Sprecher*innen der Bundespartei und gehört seit 2014 dem sächsischen Landtag an. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ vom 11.9.2016 hat sich die AfD-Vorsitzende dafür ausgesprochen, dem mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebrachten Begriff „völkisch“ eine positive Bedeutung zu geben. „Ich sperre mich dagegen, Wörter zu Unwörtern zu erklären“, sagte Petry der „Welt am Sonntag“. Die Gleichsetzung von „völkisch“ mit „rassistisch“ sei eine „unzulässige Verkürzung“. Die AfD-Chefin beklagte, „dass der negative Beigeschmack auf das Wort 'Volk' ausgedehnt wird“. Petry sagte in dem Interview weiter, dass sie den Begriff zwar selbst nicht benutze. Aber ihr missfalle, dass „völkisch“ ständig nur in einem negativen Kontext benutzt werde. „Wenn er damit zu tun hat, dass es um das Volk geht, was ist daran per se negativ?“, fragte sie. Daher sollte daran gearbeitet werden, „dass dieser Begriff wieder positiv besetzt ist“.

Dazu schreibt die „Tagesschau Online“:

„Der Begriff ‚völkisch‘ war zentral in der NS-Ideologie. In Hitlers ‚Mein Kampf‘ taucht er dutzendfach auf ... und er dient als Basis für die NS-Rassenideologie. Nicht zufällig hieß das NSDAP-Propagandablatt ‚Völkischer Beobachter‘. ... Im Duden wird ‚völkisch‘ unter anderem als ‚in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus‘ stehend definiert. Der Begriff stand im ‚Dritten Reich‘ für die Abgrenzung einer deutschen ‚Volksgemeinschaft‘ gegenüber den als minderwertig angesehenen Gruppen wie etwa Juden oder Schwarzen. Ist der AfD-Chefin der historische Hintergrund des Begriffs schlicht nicht bekannt? Das wäre zumindest erstaunlich. Doch wenn sie ihn kennt - was will sie erreichen? Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn von der Universität Göttingen erklärte dazu gegenüber tagesschau.de, historisch sei der Begriff der Volksgemeinschaft ‚eindeutig durch den Nationalsozialismus belegt‘. Und selbst wenn man sich auf den Standpunkt historischer Naivität zurückziehen würde, sei der Begriff in einer Demokratie unhaltbar, so der Professor. Die Idee einer Volksgemeinschaft sei ‚generell nicht mit den Vorstellungen von Demokratie vereinbar‘.¹¹

Björn Höcke: Holocaustdenkmal als „Denkmal der Schande“

Björn Höcke ist seit August 2013 Landessprecher der AfD Thüringen, seit 2014 Mitglied im Thüringer Landtag und dort AfD-Fraktionsvorsitzender. Innerparteilich erscheint er als Gegenspieler von Frauke Petry. Er bildet eine wesentliche Scharnierstelle zur sog. Neuen Rechten (Jürgen Elsässer, Compact; Götz Kubitschek, Institut für Staatspolitik).

Am 17. Januar 2017 hielt er eine Rede vor der Landesversammlung der Jugendorganisation der AfD, der Jungen Alternative in Dresden.

„Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von euch Patrioten, die sich hier heute versammelt haben – wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat. Und anstatt die nachwachsende Generation mit den großen Wohltätern, den bekannten weltbewegenden Philosophen, den Musikern, den genialen Entdeckern und Erfindern in Berührung zu bringen, von denen wir ja so viele haben ..., vielleicht mehr als jedes andere Volk auf dieser Welt, liebe Freunde! Und anstatt unsere Schüler in den Schulen mit dieser Geschichte in Berührung zu bringen, wird die Geschichte, die deutsche Geschichte, mies und lächerlich gemacht. So kann es und darf es nicht weitergehen! ... Die Vergangenheitsbewältigung als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die lähmt ein Volk. ... Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute ... Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad!“¹²

Es lohnt sich, diese Rede im Zusammenhang zu lesen oder - besser noch - als Video im Internet anzusehen. Dabei werden die eigentlichen Intentionen noch deutlicher. Hier wird ganz offensichtlich Geschichtsrevisionismus betrieben und eine indirekte Leugnung des Holocaust oder zumindest seine Relativierung provokativ angedeutet. So bezeichnet Höcke auch die historische Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985, in der dieser das Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 als Befreiung deutet, als „Rede gegen das eigene Volk und nicht für das eigene Volk.“

Der Präsident des Zentralrats der Juden Josef Schuster hat Höckes Rede scharf verurteilt: „Das Berliner Holocaust-Denkmal als ›Denkmal der Schande‹ zu bezeichnen, ...ist zutiefst empörend

und völlig inakzeptabel. Damit tritt Björn Höcke das Andenken an die sechs Millionen ermordeten Juden mit Füßen und relativiert das schwerste und in diesem Ausmaß einzigartige Menschheitsverbrechen der Geschichte. Die AfD zeigt mit diesen antisemitischen und in höchstem Maße menschenfeindlichen Worten ihr wahres Gesicht. Dass 70 Jahre nach der Schoa solche Aussagen eines Politikers in Deutschland möglich sind, hätte ich nicht zu glauben gewagt.“ (Jüd. Allgemeine, 19.1.2016)

In derselben Rede vergleicht Höcke übrigens die Bombardierung Dresdens 1945 mit den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Das ist nicht nur sachlich falsch, wenn man die Zahlen der Opfer vergleicht. Es ist v. a. ein beliebtes Thema aller Rechtsextremisten, weil es die Deutschen als Opfer und nicht als Täter zeigt. Die weit übertriebenen Opferzahlen in Dresden wurden übrigens noch in der NS-Zeit als Propagandalüge veröffentlicht.

Es handelt sich offensichtlich um einen gezielten Tabubruch, der aber sprachlich wohlbedacht so angelegt ist, dass er keine strafrechtlichen Folgen hat. Die Grundgedanken zur Umkehrung der Erinnerungskultur finden sich übrigens auch im Grundsatzprogramm (Kap.7.4, S. 48).

Im Februar 2017 hat der Bundesvorstand der AfD mehrheitlich den Parteiausschluss Höckes beschlossen. Andere lehnen dies vehement ab. Im März 2017 wurde ein Partei-Schiedsgerichtsverfahren gegen den Redner eingeleitet.

FAZIT:

In einem Grundsatzprogramm legt eine Partei ihre grundlegenden Überzeugungen und Orientierungen zur Weiterentwicklung von Gesellschaft und Staat dar. Aufgrund der vorangehenden Analyse ausgewählter Programmteile ergibt sich folgende Einschätzung:

- Die AfD lehnt unsere parlamentarische Demokratie ab. Denn sie behauptet, in Deutschland sei die Demokratie durch die Herrschaft einer politischen Elite faktisch abgeschafft und „das Volk“ werde durch die Politiker von der Macht ferngehalten.
- Die AfD vertritt die Auffassung, es gebe keine legitimen Parlamente mehr. Denn sie meint, dass alle Abgeordneten in allen Parlamenten auf Landes- und Bundesebene („die Abgeordneten“) nicht mehr das Volk vertreten.
- Die AfD vertritt völkisch-nationalistische Positionen, die rechtsextremer Ideologie sehr nahe sind. Insbesondere zeigte sich eine große Nähe zur rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“. Denn es wird behauptet, die „kulturelle Identität“ des „deutschen Volkes“ und der „Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“, in der Folge sogar der soziale Frieden im Land, seien gefährdet. Das kann man durchaus auch als Drohung verstehen!
- Die AfD nimmt eine feindliche Haltung zu den Muslimen im Land ein. Sie kann keinesfalls bloß als islamkritisch bezeichnet werden. Denn trotz einiger Abschwächungen wird der Eindruck einer schleichenden muslimischen Übernahme erweckt. Das ist im Kern diskriminierend.

- Die AfD kriminalisiert pauschal Flüchtlinge. Denn sie sieht die Aufnahme von Flüchtlingen vor allem als „Missbrauch“. Sogar das Wort „Flüchtlinge“ lehnt sie ab und spricht stattdessen von „irregulären Migranten“. Dabei stellt sich doch erst durch rechtstaatliche Prüfung der Asylbegehren heraus, wer „irregulär“ ist und wer nicht.
- Die AfD denkt rassistisch, weil sie behauptet, dass Asylgewährung die europäische Kultur bedroht. Auch das ist sehr nahe an der Aussage von Rechtsextremisten, die in der Fluchtbe-
wegung und Einwanderung generell eine Bedrohung sehen.

Kurz: Die AfD stellt Demokratie und Rechtsstaat grundsätzlich infrage, verunglimpft pauschal Muslime und Flüchtlinge in Deutschland und vertritt sogar rassistische und völkisch-nationalistische Positionen. In manchem kommt sie rechtsextremer Ideologie sehr nahe. Darüber hinaus stört sie mit gezielten Provokationen bewusst das friedliche Zusammenleben im Land.

Empfehlungen

Schon aufgrund der vorgenommenen Analyse ausgewählter Teile des Grundsatzprogrammes gibt es grundlegende Zweifel an der demokratischen Orientierung der Partei.

Wir weisen darauf hin, dass grenzverletzende Provokationen und Tabubrüche bewusste Strategie der Partei sind. Das führt immer wieder dazu, dass die öffentliche Debatte einseitig dominiert wird und die Medien instrumentalisiert werden.

Kirchlichen Trägern empfehlen wir, genau zu bedenken, ob sie kirchliche Räume an die AfD und ihre Unterorganisationen vermieten. Solange die Partei nicht die kritisierten Positionen überdenkt, sollte ihr in kirchlichen Räumen kein Gastrecht gewährt werden.

Die Kirchengemeinden und kirchlichen Dienste bitten wir, genau zu prüfen, ob sie offiziellen Vertreterinnen und Vertretern der AfD in kirchlichen Veranstaltungen eine Bühne bieten wollen. Eine Einladung nach dem Grundsatz, man wolle demokratisch alle Seiten hören, verkennet, dass diese Partei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit infrage stellt, Flüchtlinge und Muslime pauschal verunglimpft und aus bloßen Provokationen mehr Vorteile zieht als aus einer sachlichen Debatte. Nur um sachliche Auseinandersetzungen aber kann es in kirchlichen Diskussionsveranstaltungen gehen.

Grundsätzlich ist zu fragen, ob die AfD für Christinnen und Christen überhaupt wählbar ist. Die Leitwerte, an denen wir uns orientieren, haben wir eingangs genannt (Einführung, Nr. 2), allen voran Menschenwürde, Demokratie und Flüchtlingsschutz. Schaut man auf die besprochenen Teile des Grundsatzprogramms, dann erscheint die Wählbarkeit sehr fraglich.

Die Bürgerinnen und Bürger, die die Partei vielleicht aus Protest wählen wollen, bitten wir zu bedenken, welche Kräfte sie damit unterstützen. Ihnen und allen anderen empfehlen wir dringend, zumindest das Grundsatzprogramm von 2016 aufmerksam zu lesen. Es zeigt sehr deutlich, wessen Geistes Kind diese Partei ist.

Verantwortlich: Evangelischer Kirchenkreis Dortmund, Synodalausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung unter Mitwirkung von Superintendent Ulf Schlüter (Beschluss vom März 2017)

Kontakt: Evangelischer Kirchenkreis, Referat für Gesellschaftliche Verantwortung, Pfr. Friedrich Stiller, Jägerstr. 5, 44145 Dortmund, Tel 0231 8494-373, Email: rgv@ekkdo.de

Das Papier finden Sie auch im Download auf der Website des Kirchenkreises Dortmund www.ev-kirche-dortmund.de.

Dortmund, im April 2017

ANMERKUNGEN

¹ Die Zahlen am Ende der verwendeten Zitate verweisen auf das „Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der AfD“ vom Mai 2016, 96 S.

² Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Denkschrift der EKD, 1985, 1984, S. 46

³ Öffentlichkeitsauftrag der Kirche 2008, S. 60

⁴ Vgl. Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie, S. 16f. Aktuell auch z.B. Zur Situation der Flüchtlinge. Neuer Rat der EKD bezieht Stellung (22.1.2016); Die Würde des Menschen ist unantastbar. Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt (11.2.2016)

⁵ Vgl. dazu nur verschiedene Erklärungen der Kreissynode Dortmund, wie *Nachhaltig gegen Rechtsextremismus engagieren* vom 13.6.2015 oder *Jeder Flüchtling hat eine von Gott verliehene Menschenwürde* vom 27.11.2015.

⁶ Siehe dazu das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum KPD-Verbot (BVerfGE 5, 85, KPD-Urteil von 1956).

⁷ AfD, Manifest 2017

⁸ www.tagesschau.de, 23.1.2017

⁹ Bundesamt für Verfassungsschutz: „Die *Identitäre Bewegung* ist eine Gruppierung mit französischen Wurzeln, die seit 2012 auch in Deutschland aktiv ist. Sie wendet sich gegen *Multikulti-Wahn*, *unkontrollierte Massenzuwanderung* und den *Verlust der eigenen Identität durch Überfremdung*. Verfassungsschützer in neun Bundesländern ... beobachten die *Identitären* bereits. ...Zuletzt hatte es aus mehreren Bundesländern Berichte über Kontakte der *Identitären Bewegung* zu Politikern der AfD gegeben.“ Infos unter www.verfassungsschutz.de

¹⁰ Siehe Anmerkung 6

¹¹ www.tagesschau.de, 12.9. 2016

¹² Tagesspiegel, Konstantin Nowotny, Vollständiges Transskript der Rede von Björn Höcke, Ballhaus Watzke, Dresden. Quelle: Compact TV, <https://www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw>

WR 20.3.17

Kölner Forscher: AfD ist in der Mitte der Gesellschaft zu Hause

Anhänger gehören nicht zu den Abgehängten

Essen/Köln. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat zu Unrecht den Ruf, eine Partei der Abgehängten zu sein. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) mit Sitz in Köln.

Drei Forscher haben alle aktuell verfügbaren Daten über Sympathisanten der Partei herangezogen, wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtete. Herausgefunden haben sie, dass die AfD in der Mitte der Gesellschaft zu Hause ist. Die These von der Prekariatspartei habe zu keinem Zeitpunkt seit ihrer Gründung 2013 zugetroffen, schreiben die Autoren. Sie sei eine „Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener“.

Als Beleg nennen die Wissenschaftler Daten zu Einkommen und Bildung der AfD-Anhänger. Sie verdienen mit 2200 Euro Netto im Monat etwas mehr als der Durchschnitt

(2000 Euro). Das ist zwar ein etwas geringerer Wert im Vergleich zu 2014, als die AfD noch unter dem damaligen Bundessprecher Bernd Lücke als eurokritische Professoren-Partei galt. Doch keine andere Partei habe derzeit prozentual so viele Anhänger im mittleren Einkommensbereich wie die AfD, schreiben die Autoren. Den größten Zuspruch erhält sie von Angestellten und Rentnern (60 Prozent). Mehr als die Hälfte hat einen Realschulabschluss, ein weiteres Viertel mindestens Abitur.

Deutlich wird in Befragungen, dass sich AfD-Anhänger gesellschaftlichen Entwicklungen zunehmend ausgeliefert fühlen. 82 Prozent bezeichneten Zuwanderung als ihre größte Sorge. Kriminalität belegt den Platz zwei mit 72 Prozent. In der Gesamtheit der Befragten lagen diese Werte nur bei 32 bzw. 37 Prozent. Die AfD-Wähler seien Pessimisten, schließen die Forscher daraus. *stew*